

Pressestimmen

HILLARY CLINTONS GESUNDHEIT

FINANCIAL TIMES

„Ungesundes Beharren“ Eine Lungentzündung ist eine normale Krankheit. Doch wenn sich jemand um das mächtigste Amt der Welt bewirbt – eine Aufgabe, die das Durchhaltevermögen eines Marathonläufers verlangt –, haben die Wähler das Recht auf uneingeschränkte Informationen zu seinem Gesundheitszustand. Clinton mag generell fit sein, wie ihr Arzt und sie selbst behaupten. Aber sie muss ihr ungesundes Beharren auf Privatsphäre überwinden.

Financial Times, London

RZECZPOSPOLITA

„Anforderung“ Eine große Mehrheit der Amerikaner würde laut Umfragen eine Frau im Weißen Haus akzeptieren. Geht es aber um den Gesundheitszustand eines US-Präsidentschaftskandidaten, stellen viele wesentlich höhere Anforderungen an eine Frau als an einen Mann. Denn sie meinen, eine Frau sei von Natur aus schwächer.

Rzeczpospolita, Warschau

Kalenderblatt



Foto: APA

DAS GESCHAH AM ...

14. September

1876: Nicolaus Otto erhält ein Patent auf einen Viertaktmotor.

1982: Gracia Patricia, Fürstin von Monaco, verunglückt bei einem Autounfall tödlich.

2006: Ex-BAWAG-Chef Helmut Elsner wird ein Jahr nach Bekanntwerden der Bankkrise in Frankreich verhaftet. Elsner war zuletzt mit dem Hinweis auf Herzprobleme nicht zur Einvernahme nach Wien gekommen. Erst im Februar wird Helmut Elsner nach Österreich ausgeliefert.

LESERBRIEFE

Leserbriefe finden Sie auf der Leserdialogseite, Seite 17, und im Internet unter: nachrichten.at/leserbriefe



Hunxit?

Karikatur: Mayerhofer

Menschen

Martin Kroiss

Zwei Familien unter Druck

Von Dietmar Mascher

Der Name Kroiss & Bichler ist in der Druckereibranche ein Begriff. Jetzt erlangt das Unternehmen unter dem Namen kbprintcom.at einen Bekanntheitsgrad, auf den Geschäftsführer Martin Kroiss lieber verzichten würde. Das Unternehmen war für die Produktion der Briefwahlkarten und Kuverts zuständig und hat nach der Lieferung schadhafter Produkte den Auftrag verloren.

Dass Kroiss und der Rest des Managements auf Tauchstation gegangen sind und jede Stellungnahme verweigern, gilt nicht nur bei PR-Experten als Rätsel. Tatsache ist jedoch, dass sich der wirtschaftliche Druck auf das Familienunternehmen durch diese Angelegenheit erhöhen wird. Dies in einer Branche, die ihre Höhenflüge schon hinter sich hat.

Martin Kroiss (59) und sein Bruder Christian (55) haben vor knapp 20 Jahren das Unternehmen von ihrem mittlerweile verstorbenen Vater Gregor Kroiss übernommen. Gregor Kroiss, der in Vöcklabruck Drucker gelernt und nach dem Krieg in der Schweiz gelebt hatte, gründete 1960 mit seinem Partner Hermann Bichler die Druckerei und holte 1962 den ersten großen Auftrag für die Firma: die Produktion des Quelle-Katalogs.

Unter dem Titel kb endlos hat sich das Unternehmen als Produzent von Endlosformularen einen Namen gemacht, Firmen zugekauft und zwischenzeitlich rund 600 Mitarbeiter beschäftigt. Martin Kroiss war in der Druckerei- und Papierindustrie auch als Branchensprecher aktiv.

Mit der Krise in der Branche musste die Mitarbeiterzahl in den vergangenen Jahren aller-



Martin Kroiss führt die Druckereigruppe in Vöcklabruck, die die Wahlkarten produziert hatte. (vowe)

dings wieder reduziert werden. 2014 wurden in Oberösterreich 39 Posten gestrichen.

Jetzt müssen die Familien die Scherben kitzen, die durch das Briefwahl-Desaster entstanden sind.

Die Ausgangssituation ist ohnehin schwierig. Die DPI Holding, an der die Familien Kroiss und Bichler über die Print Holding die Mehrheit halten, hat eine negative Eigenkapitalquote in der Bilanz stehen.

Leitartikel

Von Christoph Kotanko



Der beste Klebstoff für die Demokratie

Norbert Hofer hat recht. Befragt zum Schlamassel bei der Stichwahl, sagte er, in der Privatwirtschaft wären die Verantwortlichen davongejagt worden.

In der heimischen Politik wird ein bisschen nachjustiert, das Parlament macht rasch ein Gesetz, im Übrigen gilt: „Wer den Schaden hat, hat den Spott“ (Innenminister Sobotka).

Mit milder Frotzelei ist es aber nicht getan. Manche Medien rufen gleich das Ende der Republik aus; die Demokratie sei gefährdet, von „ernsthaften Auflösungserscheinungen“ wird geschrieben und von einem Land „unter Bananenrepublik-Verdacht“.

Das ist Unsinn, am Rande der Hysterie.

„Solche Pannen kommen in westlichen, reifen Demokratien selten vor“, meint die FAZ, aber: „Wenn sie vorkommen, geht die Welt nicht unter.“ Dazu passt auch Van der Bellen Bitte, „die Kirche im Dorf zu lassen“.

Man diskutiert die Nebenfragen und rührt die Hauptfragen nicht an.

Kennzeichnend für österreichische Debatten ist, dass man mit aller Hingabe die Nebenfragen diskutiert und die Hauptfragen nicht anrührt.

Die Lebensfragen des Landes zu erörtern und tragfähige Lösungen zu finden, wäre der beste Klebstoff für die Demokratie.

Österreichs Realverfassung fußt bis heute auf der Nachkriegsordnung von 1945. Es gibt den ordnungspolitischen Überbau (SP, VP, Sozialpartner), ein institutionelles Gerüst (Parlament, Landtage, Stiftungsräte etc.) und die geduldigen Steuer- bzw. Beitragszahler.

Dieses System hat Verdienste, doch es ist teuer und ineffizient. So lange es hohe Wachstumsraten und entsprechend viel zu verteilen gab, fiel das nicht auf.

Die Wirtschaftskrise entblößt die Mängel.

Österreich steht in der Welt immer noch relativ gut da, es reichte in internationalen Rankings bisher für Rang 10 bis 15. Doch das Idyll ist aus mehreren Gründen bedroht.

Die Kernfragen: Wie organisieren wir unser Gemeinwesen in der (nahen) digitalen Zukunft? Wie können sich die Unternehmen im rasanten Wandel behaupten? Wovon werden die Menschen leben, wenn ihre klassischen Tätigkeiten nicht nachgefragt werden?

„Die Arbeit, sie erhält – die Arbeit, sie bewegt die Welt“ heißt es in der ehrwürdigen Hymne der Sozialdemokratie. Das wird ein nostalgischer Abgesang, falls Politik, Wirtschaft, Wissenschaft die Kurve nicht kriegen.

Das Etikett für dieses Projekt ist egal, man nenne es „new deal“ oder sonst wie.

Entscheidend ist, die Parallelwelt der Kleber- und Kuvertdebatten rasch zu verlassen.

c.kotanko@nachrichten.at

Wirtschaft verstehen

Steuerfreiheit für Maschinen!

Die Maschinensteuer will einen Teil der Steuerlast von arbeitsintensiven auf kapitalintensive Unternehmen verschieben, um die Schaffung von Arbeitsplätzen zu belohnen und deren Vernichtung zu bestrafen. Dahinter steht allerdings ein wesentlicher ökonomischer Gedankenfehler.

Der Irrtum lautet, dass es der Zweck der Wirtschaft sei, Arbeitsplätze zu schaffen. Das klingt zunächst verwirrend, weshalb eine Erklärung nottut. In Wirklichkeit versucht eine erfolgreiche Wirtschaft, möglichst viele Produkte und Leistungen mit möglichst wenig Arbeitseinsatz hervorzubrin-

gen. Das ist die Definition von Produktivität.

Genau auf diesem Produktivitätswachstum beruht unser Wohlstand. Je höher die Produktivität der einzelnen Arbeitskraft, desto höher deren Einkommen. Investitionen in Maschinen sind deshalb auch im Interesse der Arbeitnehmer, weil sie deren Produktivität erhöhen.

Wenn Unternehmen durch Digitalisierung und Automatisierung Mitarbeiter einsparen, werden die übrigen mehr verdienen – übrigens auch, weil sie besser qualifiziert sein müssen. Und was ist mit



VON TEODORO D. COCCA

denen, die eingespart wurden? Die Erwartung, dass die Automatisierung in Summe Jobs vernichtet, hat sich seit den „Maschinenstürmern“ im 19. Jahrhundert immer wieder widerlegt.

Tatsächlich steigt die absolute Zahl der Beschäftigten in großen Zügen betrachtet ungebremst seit damals an. Der Gesellschaft geht nicht die Arbeit aus, wie manche Zukunftsprediker suggerieren. Wenn schon, dann müsste man sich davor fürchten, dass ihr die Ideen für Innovationen ausgehen. Die technologische Entwicklung führ-

te bisher langfristig immer zu einer Beschäftigungserhöhung. Leider können aus unterschiedlichsten Gründen nicht alle an dieser Entwicklung partizipieren.

Hier kommt der moderne Sozialstaat ins Spiel: Über die Besteuerung des höheren Einkommens der einen können die Sozialleistungen der anderen finanziert werden. Die Grundlage unseres Gesellschaftssystems bildet also die Produktivität der Wirtschaft, sonst könnte es den Sozialstaat gar nicht geben. Eine Maschinensteuer würde Unternehmer weniger in Maschinen investieren lassen oder sie ins Ausland treiben. Vernachlässigt man auch nur kurz

die Investitionen in moderne Technologien, wird man im erbitert geführten internationalen Wettbewerb in Windeseile nicht mehr konkurrenzfähig sein. Gerade die bisher hochproduktiven Jobs würden dann verloren gehen.

Für Oberösterreich mit seinen vielen technologieführenden Unternehmen wäre das eine bittere Perspektive. So betrachtet, muss man geradezu im Sinne der langfristigen Erhöhung der Beschäftigung Steuerfreiheit für Maschinen fordern.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management an der Johannes Kepler Universität Linz